Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/4888

10. 05. 93

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 5. März 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile über Rentenversicherung

A. Zielsetzung

Durch das Abkommen soll im Bereich der Rentenversicherung der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile der soziale Schutz der beiderseitigen Staatsangehörigen sichergestellt und koordiniert werden für den Fall, daß sie sich im anderen Staat aufhalten.

B. Lösung

Das Vertragswerk beruht auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und begründet Rechte und Pflichten von Einwohnern beider Staaten in bezug auf die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über die Rentenversicherung. Es enthält die Grundsätze der Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen und der uneingeschränkten Leistungserbringung bei Aufenthalt der Betroffenen im jeweils anderen Vertragsstaat. Ferner ist vorgesehen, daß in der deutschen und chilenischen Rentenversicherung zurückgelegte Versicherungszeiten zusammenzurechnen sind, soweit dies für die Erfüllung des Leistungsanspruchs erforderlich ist. Mit dem vorliegenden Entwurf des Vertragsgesetzes soll das Abkommen die nach Art. 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung erhalten.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet; für den Bund ergeben sich nicht nennenswerte finanzielle Auswirkungen im Hinblick auf den Bundeszuschuß zur knappschaftlichen Rentenversicherung. Preisliche Auswirkungen sind nicht zu erwarten.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (311) – 814 07 – Re 167/93

Bonn, den 10. Mai 1993

An die Präsidentin
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 5. März 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile über Rentenversicherung mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 656. Sitzung am 7. Mai 1993 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf

Gesetz zu dem Abkommen vom 5. März 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile über Rentenversicherung

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 5. März 1993 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile über Rentenversicherung wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vereinbarungen zur Durchführung des Abkommens in Kraft zu setzen oder in Ermangelung solcher Vereinbarungen das Nähere zu regeln. Dabei können zur Anwendung und Durchführung des Abkommens insbesondere über folgende Gegenstände Regelungen getroffen werden:

1. Aufklärungs-, Anzeige- und Mitteilungspflichten sowie das Bereitstellen von Beweismitteln zwischen den in Artikel 15 des Abkommens genannten Stellen sowie zwischen diesen und den betroffenen Personen,
2. das Ausstellen, die Vorlage und Übermittlung von Bescheinigungen sowie die Verwendung von Vordrucken,
3. das Verfahren beim Erbringen von Geldleistungen,
4. die Zuständigkeit der Versicherungsträger oder anderer in Artikel 15 des Abkommens genannten Stellen,
5. die gegenseitige Umrechnung von Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 27 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit dem Abkommen das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Mit dieser Vorschrift soll die Bundesregierung ermächtigt werden, auf dem Wege der Rechtsverordnung alles Erforderliche zur Durchführung des Abkommens zu tun. Dabei kann es sich um die Inkraftsetzung von Durchführungsvereinbarungen zwischen den Regierungen der beiden Vertragsstaaten oder um andere innerstaatliche Regelungen handeln.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 27 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Für den Bund ergeben sich nicht nennenswerte mittelbare finanzielle Auswirkungen im Hinblick auf den Bundeszuschuß zur knappschaftlichen Rentenversicherung.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind durch das Abkommen nicht zu erwarten, da Kosten für die Wirtschaft und die vom Abkommen betroffenen Personen nicht entstehen.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile über Rentenversicherung

Convenio entre la República federal de Alemania y la República de Chile sobre Pensiones

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Chile –

in dem Wunsch, ihre Beziehungen im Bereich der Sozialen Sicherheit zu regeln –

sind wie folgt übereingekommen:

Teil I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Hoheitsgebiet"
   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
   den Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

   in bezug auf die Republik Chile
   den Geltungsbereich der Politischen Verfassung der Republik Chile;
2. „Staatsangehöriger"
   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
   einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

   in bezug auf die Republik Chile
   einen Chilenen im Sinne der Politischen Verfassung der Republik Chile;
3. „Rechtsvorschriften"
   die Gesetze, Verordnungen, Satzungen und sonstigen allgemein rechtsetzende Akte, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige und Systeme der Sozialen Sicherheit beziehen und die bei der Unterzeichnung des Abkommens in Kraft sind oder später in Kraft treten werden;
4. „zuständige Behörde"
   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
   den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,

   in bezug auf die Republik Chile
   den Minister für Arbeit und Sozialfürsorge;
5. „Träger"
   die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 genannten Rechtsvorschriften in bezug auf die dort bezeichneten Systeme und Versicherungszweige obliegt;
6. „zuständiger Träger"
   den Träger, dem im Einzelfall die Anwendung der Rechtsvorschriften obliegt;

La República Federal de Alemania

y

la República de Chile,

Animadas por el deseo de regular sus relaciones en el área de la Seguridad Social,

han convenido lo siguiente:

Parte I

Disposiciones Generales

Artículo 1

En el presente Convenio, los términos que se indican a continuación tendrán el siguiente significado:

1. "Territorio"
   En relación con la República Federal de Alemania,
   el ámbito de validez de la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania;

   En relación con la República de Chile,
   el ámbito de validez de la Constitución Política de la República de Chile.
2. "Nacional"
   Respecto de la República Federal de Alemania,
   todo alemán en virtud de la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania;

   Respecto de la República de Chile,
   todo chileno en virtud de la Constitución Política de la República de Chile.
3. "Disposiciones Legales"
   Las leyes, los reglamentos, estatutos y demás actos jurídicos normativos generales de los regímenes y sistemas de Seguridad Social indicados en el artículo 2, párrafo 1), vigentes al firmarse el Convenio o que entrarán en vigor posteriormente;
4. "Autoridad Competente"
   En relación con la República Federal de Alemania,
   el Ministro Federal de Trabajo y Asuntos Sociales;

   En relación con la República de Chile,
   el Ministro del Trabajo y Previsión Social.
5. "Organismo"
   La institución o la autoridad encargada de aplicar las disposiciones legales de los regímenes y sistemas indicados en el artículo 2, párrafo 1).
6. "Organismo Competente"
   El gestor responsable de la aplicación de las disposiciones legales en cada caso;

7. „Beschäftigung"
eine Beschäftigung oder Tätigkeit im Sinne der nach diesem Abkommen anzuwendenden Rechtsvorschriften;

8. „Versicherungszeiten"
die Beitragszeiten, die in den Rechtsvorschriften, nach denen sie zurückgelegt wurden, als Versicherungszeiten bestimmt oder anerkannt sind, sowie ähnliche Zeiten, soweit sie in diesen Rechtsvorschriften als den Versicherungszeiten gleichwertig anerkannt sind;

9. „Geldleistung" oder „Rente"
eine Rente oder eine andere Geldleistung einschließlich aller Zuschläge, Zuschüsse und Erhöhungen.

Artikel 2

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, bezieht es sich

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland auf die Rechtsvorschriften über
   - die gesetzliche Rentenversicherung,
   - die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und
   - die Altershilfe für Landwirte;

b) in bezug auf die Republik Chile auf die Rechtsvorschriften über
   - das Neue Gesetzliche Rentensystem für Altersrente, Invalidenrente und Hinterbliebenenrente, welches auf der individuellen Kapitalisierung beruht, und
   - das Rentensystem für Altersrente, Invalidenrente und Hinterbliebenenrente, welches vom Institut für gesetzliche Fürsorge (Instituto de Normalización Previsional) verwaltet wird.

(2) Sind nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats außer den Voraussetzungen für die Anwendung des Abkommens auch die Voraussetzungen für die Anwendung eines anderen Abkommens oder einer überstaatlichen Regelung erfüllt, so läßt der Träger dieses Vertragsstaats bei Anwendung des Abkommens das andere Abkommen oder die überstaatliche Regelung unberücksichtigt.

(3) Absatz 2 findet keine Anwendung, soweit die Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit, die sich für die Vertragsstaaten aus zwischenstaatlichen Übereinkünften oder überstaatlichem Recht ergeben oder zu deren Ausführung dienen, Versicherungslastregelungen enthalten.

Artikel 3

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gilt es für

a) Staatsangehörige eines Vertragsstaats,

b) Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 zu dem genannten Abkommen,

c) Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen,

d) andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einem Staatsangehörigen eines Vertragsstaats, einem Flüchtling oder einem Staatenlosen im Sinne dieses Artikels ableiten,

e) Staatsangehörige eines anderen Staates als eines Vertragsstaats, soweit sie nicht zu den unter Buchstabe d genannten Personen gehören.

Artikel 4

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, stehen die in Artikel 3 Buchstaben a bis d bezeichneten Personen, die

7. "Empleo"
La ocupación o actividad regulada por las disposiciones legales aplicables en virtud del presente Convenio;

8. "Períodos de Seguro"
Los períodos de cotización que hayan sido efectivamente enterados o reconocidos como tales en las disposiciones legales según las cuales fueron computados, así como los períodos similares, siempre que en dichas disposiciones legales se consideren como equivalentes.

9. "Prestación pecuniaria o pensión"
Una pensión u otra prestación pecuniaria que incluya todos los suplementos, asignaciones y aumentos.

Artículo 2

1) En la medida que el presente Convenio no disponga otra cosa, se aplica:

a) En relación con la República Federal de Alemania, a las disposiciones legales sobre:
   - el seguro legal de pensiones;
   - el seguro adicional para mineros y trabajadores siderúrgicos (obreros), y
   - el régimen especial agrario.

b) En relación con la República de Chile, a las disposiciones legales sobre:
   - el Nuevo Sistema de Pensiones de vejez, invalidez y sobrevivencia, basado en la capitalización individual, y
   - los regímenes de pensiones de vejez, invalidez y sobrevivencia administrados por el Instituto de Normalización Previsional.

2) Si conforme a las disposiciones legales de un Estado Contratante se cumplen, además de los requisitos para la aplicación de este Convenio, los requisitos para la aplicación de otro Convenio o de una reglamentación supraestatal, el Organismo de este Estado Contratante no considerará estos últimos para el otorgamiento de los beneficios que concede el presente Convenio.

3) El párrafo 2 no será aplicable cuando las disposiciones legales sobre seguros sociales de los Estados Contratantes derivadas de acuerdos interestatales o de derecho supraestatal o destinadas a la aplicación de los mismos, contemplen reglamentaciones de cargas de seguros.

Artículo 3

En tanto el presente Convenio no determine otra cosa, éste regirá para:

a) Nacionales de un Estado Contratante;

b) Refugiados en virtud del artículo 1° del Tratado de 28 de julio de 1951, sobre la situación legal de los refugiados, y del Protocolo de 31 de enero de 1967 relativo al Tratado mencionado;

c) Apátridas en virtud del artículo 1° del Tratado de 28 de septiembre de 1954, sobre la situación legal de los apátridas;

d) Otras personas en relación con los derechos que ellas deducen de un nacional de un Estado Contratante, de un refugiado o de un apátrida en virtud del presente artículo;

e) Nacionales de un tercer Estado, en tanto no pertenezcan al grupo de personas mencionado en la letra d).

Artículo 4

1) Las personas mencionadas en las letras a) a d) del artículo 3, que habitualmente residan en el territorio de un Estado Contra-

sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aufhalten, bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats dessen Staatsangehörigen gleich.

(2) Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats werden den Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaats, die sich außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsstaaten gewöhnlich aufhalten, unter denselben Voraussetzungen erbracht wie den sich dort gewöhnlich aufhaltenden Staatsangehörigen des ersten Vertragsstaats.

Artikel 5

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gelten die Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats, nach denen Ansprüche auf Geldleistungen oder die Zahlung von Geldleistungen vom Aufenthalt im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats abhängen, nicht für die in Artikel 3 Buchstaben a bis d genannten Personen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhalten.

Artikel 6

Die Versicherungspflicht von Arbeitnehmern richtet sich, soweit die Artikel 7 bis 11 nichts anderes bestimmen, nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet sie beschäftigt sind; dies gilt auch, wenn sich der Arbeitgeber im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats befindet.

Artikel 7

Wird ein Arbeitnehmer, der in einem Vertragsstaat beschäftigt ist, im Rahmen dieses Beschäftigungsverhältnisses von seinem Arbeitgeber in den anderen Vertragsstaat entsandt, um dort eine Arbeit für diesen Arbeitgeber auszuführen, so gelten in bezug auf diese Beschäftigung während der ersten sechsunddreißig Kalendermonate der Beschäftigung im Hoheitsgebiet des zweiten Vertragsstaats allein die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats so weiter, als wäre er noch in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt. Wird diese Frist überschritten, so gelten die Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht des ersten Vertragsstaats weiter, soweit die zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten oder die von ihnen bezeichneten Stellen auf Antrag des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers zustimmen.

Artikel 8

(1) Für die an Bord eines Seeschiffs beschäftigten Personen, das die Flagge eines der beiden Vertragsstaaten führt, gelten die Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats.

(2) Wird ein Arbeitnehmer, der sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aufhält, vorübergehend auf einem Seeschiff, das die Flagge des anderen Vertragsstaats führt, von einem Arbeitgeber beschäftigt, der seinen Sitz im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaats hat und nicht Eigentümer des Schiffs ist, so gelten in bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats, als wäre er in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt.

Artikel 9

Die Artikel 6 bis 8 gelten entsprechend für Personen, die nicht Arbeitnehmer sind, auf die sich jedoch die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften beziehen.

Artikel 10

(1) Wird ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaats von diesem oder einem Mitglied oder einem Bediensteten einer Auslandsvertretung dieses Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats beschäftigt, so gelten für die Dauer der Beschäftigung in bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats so, als wäre er dort beschäftigt.

tante, estarán afectas a las mismas disposiciones legales que los nacionales de dicho Estado, con las excepciones que el presente Convenio establezca.

2) Las prestaciones otorgadas conforme a las disposiciones legales de un Estado Contratante, serán pagadas a los nacionales del otro Estado Contratante que habitualmente residan fuera del territorio de ambos Estados, en las mismas condiciones que rigen para los nacionales del Estado otorgante.

Artículo 5

Las disposiciones legales de un Estado Contratante, según las cuales los derechos a prestaciones pecuniarias o el pago de dichas prestaciones, dependan de la residencia en su territorio, no regirán para las personas mencionadas en las letras a) a d) del artículo 3, que habitualmente residan en el territorio del otro Estado Contratante, en tanto el presente Convenio no determine otra cosa.

Artículo 6

La obligación de cotizar en un régimen previsional que afecta a los trabajadores se regirá por las disposiciones legales del Estado Contratante en cuyo territorio se desempeñen las labores respectivas, aún cuando el empleador se encuentre en el territorio del otro Estado Contratante, salvo lo dispuesto en los artículos 7 al 11.

Artículo 7

El trabajador enviado por su empleador al territorio del otro Estado Contratante para desempeñar funciones en este último, se regirá por las disposiciones legales vigentes en el primer Estado Contratante durante los primeros treinta y seis meses calendario de su desempeño en el territorio del otro Estado, tal como si estuviere trabajando en su territorio. Transcurrido este plazo, sólo continuarán rigiendo para el trabajador las disposiciones legales sobre obligación de cotizar vigentes en el primer Estado, cuando las Autoridades Competentes de ambos Estados o las entidades designadas por éstos, den su consentimiento para tal efecto, a petición del trabajador y de su empleador.

Artículo 8

1) Las personas ocupadas a bordo de un barco que navegue con el pabellón de uno de los Estados Contratantes, se regirán por las disposiciones legales de dicho Estado Contratante.

2) Los trabajadores que, residiendo habitualmente en el territorio de un Estado Contratante, sean contratados temporalmente para prestar servicios en un barco que navegue con el pabellón del otro Estado Contratante, por un empleador con residencia en el territorio del primer Estado que no sea propietario del barco, se regirán por las disposiciones legales sobre obligación de cotizar en el primer Estado Contratante, tal como si prestaren servicios en éste.

Artículo 9

Los artículos 6 al 8 regirán también para aquellas personas que no teniendo la calidad de trabajadores dependientes, estén afectas a las disposiciones legales aludidas en el párrafo 1) del artículo 2.

Artículo 10

1) El nacional de un Estado Contratante empleado por éste o por un miembro o un funcionario de una representación extranjera de este Estado en el territorio del otro Estado Contratante, se regirá por las disposiciones legales sobre obligación de cotizar vigentes en el primer Estado Contratante, tal como si estuviese empleado en dicho Estado.

(2) Hat sich ein in Absatz 1 genannter Arbeitnehmer vor Beginn der Beschäftigung gewöhnlich in dem Beschäftigungsland aufgehalten, so kann er binnen sechs Monaten nach Beginn der Beschäftigung in bezug auf die Versicherungspflicht die Anwendung der Rechtsvorschriften des Beschäftigungslands wählen. Die Wahl ist gegenüber dem Arbeitgeber zu erklären. Die gewählten Rechtsvorschriften gelten vom Tag der Erklärung ab.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für die dort genannten Arbeitnehmer, die von einem öffentlichen Arbeitgeber beschäftigt werden.

(4) Beschäftigt die Auslandsvertretung einer der Vertragsstaaten Personen, für die die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats gelten, so hat die Auslandsvertretung die Verpflichtungen, die dem Arbeitgeber gemäß den genannten Rechtsvorschriften obliegen, einzuhalten.

Artikel 11

Auf Antrag des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers oder auf Antrag der gleichgestellten Person im Sinne des Artikels 9 können die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten oder die von ihnen bezeichneten Stellen im gegenseitigen Einvernehmen von den Artikeln 6 bis 10 abweichen unter der Voraussetzung, daß die betreffende Person den Rechtsvorschriften einer der Vertragsstaaten unterstellt bleibt oder unterstellt wird. Hierbei sind die Art und die Umstände der Beschäftigung zu berücksichtigen.

Teil II

Bestimmungen über Leistungen

Kapitel 1

Zweiseitige Bestimmungen

Artikel 12

(1) Für den Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben des Leistungsanspruchs rechnet der zuständige Träger jedes Vertragsstaats zu den Versicherungszeiten, die nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigen sind, die Versicherungszeiten hinzu, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats zurückgelegt sind. Entfallen Versicherungszeiten auf dieselbe Zeit, so berücksichtigt jeder Träger nur die nach seinen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten. In welchem Ausmaß Versicherungszeiten angerechnet werden, richtet sich nach den Rechtsvorschriften, nach denen die Versicherungszeiten zurückgelegt sind.

(2) Die Berechnung der Rente richtet sich nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften des jeweiligen Vertragsstaats, soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist.

(3) Im Falle einer Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit erfolgt die medizinische Beurteilung der verminderten Erwerbsfähigkeit durch den zuständigen Träger jedes Vertragsstaats nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften.

Kapitel 2

Rentenversicherung nach den deutschen Rechtsvorschriften

Artikel 13

(1) Die nach Artikel 12 zu berücksichtigenden Versicherungszeiten werden dem Versicherungszweig zugeordnet, dessen Träger unter ausschließlicher Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften für die Feststellung der Leistung zuständig ist. Wäre danach die knappschaftliche Rentenversicherung zuständig, so werden nach den chilenischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigende Versicherungszeiten in der knappschaftlichen Rentenversicherung berücksichtigt, wenn sie in bergbaulichen Betrieben unter Tage zurückgelegt sind.

2) El trabajador mencionado en el párrafo 1) que haya residido habitualmente y desde antes del inicio de su empleo en el país en que se desempeña, podrá optar dentro de un plazo de seis meses contado desde el inicio del empleo, por quedar afecto a las disposiciones legales previsionales de dicho país. Esta opción deberá notificarse al empleador. Las disposiciones legales por las que se optó regirán a partir de la fecha de la notificación.

3) Los párrafos 1) y 2) son igualmente aplicables para los trabajadores en ellos mencionados, cuando se encuentren empleados por otro Organismo Público.

4) Si la representación extranjera de uno de los Estados Contratantes emplea a personas para las cuales rigen las disposiciones legales del otro Estado Contratante, deberá sujetarse a dichas normas en su calidad de empleador.

Artículo 11

A petición del trabajador y del empleador o a petición de las personas que se encuentren en la situación descrita en el artículo 9, las Autoridades Competentes o las instituciones designadas por éstas podrán, de común acuerdo, hacer excepciones a lo dispuesto en los artículos 6 a 10, siempre que el trabajador continúe afecto o sea sometido a las disposiciones legales de uno de los Estados Contratantes. Para estos efectos, deberán considerarse el tipo y las circunstancias del empleo que se desempeñará.

Parte II

Disposiciones relativas a prestaciones

Capítulo I

Disposiciones bilaterales

Artículo 12

1) Para la adquisición, conservación o recuperación del derecho a prestación, el Organismo Competente de cada Estado Contratante totalizará los períodos de seguro que deban computarse al tenor de las disposiciones legales aplicables por dicho Organismo con los períodos de seguro cumplidos conforme a las disposiciones legales del otro Estado Contratante. Cuando existan períodos simultáneos, cada Organismo considerará sólo aquellos cumplidos de acuerdo con sus disposiciones legales. La extensión de los períodos que deban considerarse se regirá por las disposiciones legales según las cuales se cumplieron estos períodos de seguro.

2) El cálculo de la pensión que corresponda se efectuará de acuerdo con las disposiciones legales de cada uno de los Estados Contratantes, en la medida que este Convenio no disponga otra cosa.

3) Tratándose de pensiones por invalidez, la evaluación médica de la incapacidad se efectuará por el Organismo Competente de cada Estado Contratante, de acuerdo con sus disposiciones legales.

Capítulo II

Seguro de Pensiones conforme a las disposiciones legales alemanas

Artículo 13

1) Los períodos del seguro computables de acuerdo con el artículo 12, serán considerados en aquel régimen de seguros cuyo Organismo está encargado de la determinación de la prestación, aplicando exclusivamente las disposiciones alemanas. Si resultara competente el seguro de pensiones para mineros, sólo se considerarán los períodos cotizados en Chile cuando correspondan a labores desempeñadas en minas subterráneas.

(2) Für die Rentenberechnung werden Entgeltpunkte nur aus den Versicherungszeiten ermittelt, die nach den deutschen Rechtsvorschriften zu berücksichtigen sind.

Kapitel 3

Rentenversicherung nach den chilenischen Rechtsvorschriften

Artikel 14

(1) Die Mitglieder einer chilenischen Rentenfondsverwaltung erhalten ihre Rente aus dem auf ihrem individuellen Kapitalisierungskonto angesammelten Betrag.

(2) Falls der angesammelte Betrag für die Rentengewährung nicht ausreicht, haben die Mitglieder nach Artikel 12 Anspruch auf die Zusammenrechnung der anrechnungsfähigen Versicherungszeiten, um die staatlich garantierte Alters- und Invalidenrente zu erhalten. Das gleiche gilt auch für Berechtigte auf Hinterbliebenenrente.

(3) Zur Erfüllung der Voraussetzungen für eine vorzeitige Pensionierung nach den chilenischen Rechtsvorschriften gelten Mitglieder, denen eine Rente nach den deutschen Rechtsvorschriften zuerkannt wurde, als nach dem in Absatz 4 bezeichneten Rentensystem pensioniert.

(4) Die Beitragszahler, für deren Rente das Institut für gesetzliche Fürsorge (Instituto de Normalizacion Previsional) zuständig ist, haben ebenfalls Anspruch auf Zusammenrechnung der Versicherungszeiten nach Artikel 12, um die Rentenleistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zu erhalten.

(5) In den in den Absätzen 2 und 4 genannten Fällen berechnet der zuständige Träger die Höhe der Leistungen so, als seien alle Versicherungszeiten nach den eigenen Rechtsvorschriften zurückgelegt worden, und berechnet für die Zahlung der Leistung seinen Anteil nach dem Verhältnis der ausschließlich nach diesen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten zu der Gesamtheit der in beiden Vertragsstaaten anzurechnenden Versicherungszeiten.

2) Para el cálculo de las pensiones sólo se generarán unidades de valorización por los períodos de seguro que se deben considerar según las disposiciones legales alemanas.

Capítulo III

Seguro de Pensiones conforme a las disposiciones legales chilenas

Artículo 14

1) Los afiliados a una Administradora de Fondos de Pensiones chilena financiarán sus pensiones en Chile con el saldo acumulado en su cuenta de capitalización individual.

2) Si el saldo acumulado fuere insuficiente para financiar sus pensiones, los afiliados tendrán derecho a la totalización de períodos computables de acuerdo con lo dispuesto en el artículo 12, para acceder a la Garantía Estatal de pensiones mínimas de vejez e invalidez. Igual derecho tendrán los beneficiarios de pensión de sobrevivencia.

3) Para efectos de determinar el cumplimiento de los requisitos que exigen las disposiciones legales chilenas para pensionarse anticipadamente, se considerarán como pensionados de los regímenes previsionales indicados en el párrafo siguiente, los afiliados que hayan obtenido pensión conforme a la legislación alemana.

4) Los imponentes de los regímenes de pensión administrados por el Instituto de Normalización Previsional, también tendrán derecho al cómputo de períodos en los términos del artículo 12 para acceder a los beneficios de pensión establecidos en las disposiciones legales que les sean aplicables.

5) En las situaciones contempladas en los números 2) y 4) anteriores, el Organismo Competente determinará el valor de la prestación como si todos los períodos de seguro hubieren sido cumplidos conforme a su propia legislación y, para efectos del pago del beneficio, calculará la parte de su cargo como la proporción existente entre los períodos de seguro cumplidos exclusivamente bajo esa legislación y el total de períodos de seguro computables en ambos Estados Contratantes.

Teil III

Verschiedene Bestimmungen

Kapitel 1

Amtshilfe und Rechtshilfe

Artikel 15

Die Träger, Verbände von Trägern, Behörden und Gerichte der Vertragsstaaten leisten einander bei Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften und dieses Abkommens gegenseitige Hilfe, als wendeten sie die für sie geltenden Rechtsvorschriften an. Die Hilfe ist kostenlos. Barauslagen mit Ausnahme der Portokosten werden jedoch erstattet.

Artikel 16

(1) Die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern oder Gebühren einschließlich Konsulargebühren und Verwaltungsabgaben für Schriftstücke oder Urkunden, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, erstreckt sich auch auf die entsprechenden Schriftstücke und Urkunden, die in Anwendung dieses Abkommens oder der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats vorzulegen sind.

(2) Urkunden, die in Anwendung dieses Abkommens oder der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften eines Ver-

Parte III

Disposiciones diversas

Capítulo I

Asistencia administrativa y judicial

Artículo 15

Los Organismos, asociaciones de organismos, autoridades y tribunales de los Estados Contratantes, se prestarán colaboración en la aplicación de las disposiciones legales aludidas en el artículo 2, párrafo 1) del presente Convenio y en la aplicación del mismo, tal como si se tratara de la aplicación de sus propias disposiciones legales. La asistencia será gratuita. Sin embargo, se reintegrarán los gastos en efectivo, exceptuando los gastos de franqueo.

Artículo 16

1) La exención o rebaja prevista en las disposiciones legales de un Estado Contratante respecto a impuestos o tasas, incluyendo derechos consulares y administrativos, por escritos o instrumentos que deban presentarse en aplicación de estas disposiciones legales, también abarcará los correspondientes escritos e instrumentos que deban presentarse en aplicación de este Convenio o de las disposiciones legales del otro Estado Contratante aludidas en el párrafo 1) del artículo 2.

2) Los instrumentos que deban presentarse en aplicación del presente Convenio o las disposiciones legales aludidas en el

tragsstaats vorzulegen sind, bedürfen zur Verwendung gegenüber Stellen des anderen Vertragsstaats keiner Legalisation oder einer anderen ähnlichen Förmlichkeit.

Artikel 17

(1) Die in Artikel 15 genannten Stellen können bei Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften und dieses Abkommens unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern in ihren Amtssprachen verkehren. Rechtsvorschriften über die Zuziehung von Dolmetschern bleiben unberührt.

(2) Urteile, Bescheide oder sonstige Schriftstücke können einer Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, unmittelbar durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zugestellt werden.

(3) Die Behörden, Gerichte und Träger eines Vertragsstaats dürfen Eingaben oder sonstige Schriftstücke, die an sie gerichtet werden, nicht deshalb zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Staats abgefaßt sind.

Artikel 18

(1) Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats bei einer Stelle im anderen Vertragsstaat gestellt worden, die für die Annahme des Antrags auf eine entsprechende Leistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zugelassen ist, so gilt der Antrag als bei dem zuständigen Träger gestellt. Dies gilt für sonstige Anträge sowie für Erklärungen und Rechtsbehelfe entsprechend.

(2) Die Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe sind von der Stelle des einen Vertragsstaats, bei der sie eingereicht worden sind, unverzüglich an die zuständige Stelle des anderen Vertragsstaats weiterzuleiten.

(3) Ein Antrag auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats. Dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, daß die Feststellung der nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats erworbenen Ansprüche in den Fällen aufgeschoben wird, in denen er nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats den Zeitpunkt bestimmen kann, der für die Erfüllung der Leistungsvoraussetzungen maßgeblich ist.

Artikel 19

Die Auslandsvertretungen des einen Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats sind berechtigt, auf Antrag der Berechtigten die zur Sicherung und Erhaltung der Rechte der Staatsangehörigen des ersten Staats notwendigen Handlungen ohne Nachweis einer Vollmacht vorzunehmen. Sie können insbesondere bei den in Artikel 15 genannten Stellen im Interesse der Staatsangehörigen Anträge stellen, Erklärungen abgeben oder Rechtsbehelfe einbringen.

Artikel 20

(1) Für die Weitergabe von personenbezogenen Daten sowie von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen aufgrund dieses Abkommens oder einer Vereinbarung zu seiner Durchführung gilt das jeweilige innerstaatliche Datenschutzrecht. Diese Daten dürfen vom Empfänger nicht unbefugt offenbart und nur zur Durchführung dieses Abkommens und der Rechtsvorschriften, auf die es sich bezieht, verwendet werden. Die genannten Daten dürfen ausschließlich an die in Artikel 15 genannten Stellen, die für die Durchführung des Abkommens und der in Artikel 2 Absatz 1 genannten Rechtsvorschriften zuständig sind, übermittelt werden. Die Weitergabe an andere als die in Artikel 15 genannten Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen. Die Empfänger der Daten sind verpflichtet, diese wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

párrafo 1) del artículo 2, de alguno de los Estados Contratantes, no requerirán legalización u otras formalidades similares para su utilización frente a Instituciones del otro Estado Contratante.

Artículo 17

1) Al aplicar las disposiciones legales indicadas en el artículo 2 párrafo 1) y el presente Convenio, las Instituciones mencionadas en el artículo 15 podrán comunicarse directamente entre sí y con los interesados y sus representantes en sus lenguas oficiales. Persistirán inafectadas las disposiciones legales sobre asistencia de intérpretes.

2) Las sentencias, notificaciones o demás documentos, podrán ser enviados a una persona con residencia en el territorio del otro Estado Contratante directamente por carta certificada con acuse de recibo.

3) Las autoridades, tribunales y Organismos de un Estado Contratante no podrán rechazar una solicitud o demás documentos que les sean dirigidos, por el hecho de estar redactados en el idioma oficial del otro Estado.

Artículo 18

1) Si se presenta una solicitud de prestación conforme a las disposiciones legales de un Estado Contratante ante una Institución del otro Estado Contratante autorizada para su recepción conforme a las disposiciones legales vigentes para ella, dicha solicitud se entenderá presentada ante el Organismo Competente del primer Estado. Ello regirá para todo tipo de solicitudes, al igual que para declaraciones y recursos legales.

2) Las solicitudes, declaraciones y recursos legales deberán ser enviados sin demora por la Institución del Estado Contratante en que fueron presentados, a la Institución Competente del otro Estado Contratante.

3) La solicitud de prestaciones conforme a las disposiciones legales de un Estado Contratante tendrá también validez en el otro Estado Contratante tal como si hubiere sido presentada de conformidad con las disposiciones legales del otro Estado Contratante. No obstante, el requirente podrá solicitar expresamente que la determinación de los derechos adquiridos conforme a las disposiciones legales del otro Estado Contratante sea aplazada en aquellos casos en que esas disposiciones le permitan fijar una fecha diferida para el inicio del pago de la prestación.

Artículo 19

Las representaciones extranjeras de un Estado Contratante en el territorio del otro Estado Contratante estarán autorizadas, a petición del interesado, para efectuar los trámites necesarios para asegurar y conservar los derechos de sus nacionales, sin necesidad de presentar un poder. En particular, podrán presentar solicitudes, hacer declaraciones o elevar recursos legales ante las instituciones mencionadas en el artículo 15 en beneficio de los nacionales.

Artículo 20

1) En caso de remisión de antecedentes personales o de secretos de empresa o comerciales en virtud de este Convenio o de un acuerdo para su ejecución, se aplicará el respectivo derecho nacional sobre información reservada. El receptor de dichos antecedentes no podrá revelarlos indebidamente y sólo podrá utilizarlos para los fines de ejecución de este Convenio y de las disposiciones legales a que éste hace referencia. Estos antecedentes serán remitidos exclusivamente a las instituciones mencionadas en el artículo 15, responsables de la ejecución del Convenio y de las disposiciones legales mencionadas en el párrafo 1) del artículo 2. La remisión de los antecedentes a instituciones distintas de las mencionadas en el artículo 15, requerirá la autorización previa de la institución remitente. Los receptores de los antecedentes quedarán obligados a protegerlos de forma efectiva contra todo acceso, modificaciones y revelación indebidos.

(2) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der übermittelten Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen; es besteht für diese Daten sodann ein Verwendungsverbot. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und die dadurch erzielten Ergebnisse.

(3) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

(4) Ist die Kenntnis der übermittelten Daten für den Empfänger zur Erfüllung seiner Aufgaben im Sinne dieses Abkommens oder der in Artikel 2 Absatz 1 genannten Rechtvorschriften nicht mehr erforderlich, sind die Daten zu löschen.

2) La institución remitente deberá observar que los antecedentes proporcionados sean correctos y que el envío de éstos se limite a aquellos que sean necesarios y proporcionales a los fines perseguidos. En estos casos, deberán tenerse en cuenta las prohibiciones de transmisión que rijan según las respectivas disposiciones nacionales vigentes. Si se comprueba la remisión de antecedentes incorrectos o cuya transmisión estuviere prohibida, el receptor deberá ser informado inmediatamente quedando impedido su uso. A petición de la entidad remitente el receptor le informará sobre la utilización dada a los referidos antecedentes y sobre los resultados obtenidos.

3) A solicitud del interesado le serán dados a conocer los antecedentes que existieren sobre su persona así como la utilización prevista de los mismos. En todo lo demás, el derecho del interesado a recibir información sobre los antecedentes existentes sobre su persona, se sujetará a las disposiciones legales nacionales del Estado Contratante en cuyo territorio se solicite la información.

4) Cuando el receptor ya no necesite conocer de los antecedentes remitidos para cumplir su función en virtud del presente Convenio o de las disposiciones legales contenidas en el inciso 1) del artículo 2, éstos deben eliminarse.

Kapitel 2

Durchführung und Auslegung des Abkommens

Artikel 21

(1) Die Regierungen oder die zuständigen Behörden können die zur Durchführung des Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen vereinbaren. Sie unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden in Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften.

(2) Zur Durchführung des Abkommens werden hiermit folgende Verbindungsstellen eingerichtet:

a) in der Bundesrepublik Deutschland
   - für die Rentenversicherung der Arbeiter
     die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz, Düsseldorf,
   - für die Rentenversicherung der Angestellten
     die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin,
   - für die knappschaftliche Rentenversicherung
     die Bundesknappschaft, Bochum,
   - für die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung

     die Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saarbrücken,
   - soweit die deutschen gesetzlichen Krankenkassen an der Durchführung des Abkommens beteiligt sind,
     der AOK-Bundesverband, Bonn;

b) in der Republik Chile
   - die Aufsichtsbehörde für die Rentenfondsverwaltungen

     für die Mitglieder des Neuen Gesetzlichen Rentensystems,
   - die Aufsichtsbehörde für Soziale Sicherheit
     für die Beitragszahler der vom Institut für gesetzliche Fürsorge verwalteten Systeme.

(3) Für die Feststellung der Leistungen ist in bezug auf die Rentenversicherung der Arbeiter die für diese eingerichtete Verbindungsstelle zuständig, wenn

a) Versicherungszeiten nach den deutschen und chilenischen Rechtsvorschriften zurückgelegt sind oder

b) der Berechtigte sich im Hoheitsgebiet der Republik Chile gewöhnlich aufhält oder

c) der Berechtigte sich als chilenischer Staatsangehöriger gewöhnlich außerhalb der Vertragsstaaten aufhält.

Capítulo II

Aplicación e interpretación del Convenio

Artículo 21

1) Los gobiernos o las autoridades competentes podrán acordar las medidas administrativas necesarias para la aplicación del Convenio. Asimismo, se informarán recíprocamente acerca de las modificaciones y complementaciones de las disposiciones legales aludidas en el artículo 2 vigentes para ellos.

2) Para la aplicación del Convenio se establecerán los siguientes Organismos de Enlace:

a) En la República Federal de Alemania.
   - Para el seguro de pensiones de los trabajadores (obreros), la entidad regional de seguros Rheinprovinz, Dusseldorf;
   - Para el seguro de pensiones de los empleados, la entidad Federal de seguro para empleados, Berlín;
   - Para el seguro de pensiones para mineros, la entidad Federal de seguro minero, Bochum;
   - Para el seguro adicional para mineros y trabajadores siderúrgicos (obreros), la entidad federal de seguros para el Estado Federal del Sarre, Sarrebruck;
   - En la medida en que el sistema de salud alemán esté participando en la ejecución de este Convenio, la AOK-Bundesverband Bonn.

b) En la República de Chile.
   - La Superintendencia de Administradoras de Fondos de Pensiones, para los afiliados al Nuevo Sistema de Pensiones.
   - La Superintendencia de Seguridad Social, para los imponentes de los regímenes administrados por el Instituto de Normalización Previsional.

3) Respecto del seguro de pensiones de los trabajadores (obreros), el Organismo de Enlace establecido para ellos se encargará de la determinación de las prestaciones cuando:

a) Se cumplen los períodos de seguro de acuerdo con las dispociones legales alemanas y chilenas, o

b) El beneficiario reside habitualmente en el territorio de la República de Chile, o

c) El beneficiario reside habitualmente como ciudadano chileno fuera de los Estados Contratantes.

Satz 1 berührt nicht die Zuständigkeit der Träger bei Leistungen zur Rehabilitation sowie die Zuständigkeiten der Bundesbahn-Versicherungsanstalt und der Seekasse.

Lo anterior mantiene inalterada la competencia de los Organismos correspondientes respecto de las prestaciones por concepto de rehabilitación, como también la competencia de la entidad de seguros de ferrocarriles alemanes y los seguros sociales marítimos.

Artikel 22

Geldleistungen können von einem Träger eines Vertragsstaats an eine Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, in dessen Währung oder in der Währung eines dritten Staats mit befreiender Wirkung erbracht werden. Im Verhältnis zwischen dem Träger und dem Berechtigten ist für die Umrechnung der Kurs des Tages maßgebend, der bei der Übermittlung der Geldleistung zugrunde gelegt worden ist. Hat ein Träger an einen Träger des anderen Vertragsstaats Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung des zweiten Vertragsstaats zu leisten.

Artículo 22

Las prestaciones podrán ser pagadas por un Organismo de un Estado Contratante a una persona que resida en el territorio del otro Estado Contratante en su moneda o en la moneda de un tercer Estado con efecto liberatorio. En la relación entre el Organismo y el beneficiario, el tipo de cambio vigente que se tome como base al transferir la prestación pecuniaria será el correspondiente al día de su pago. Si un Organismo debe efectuar pagos a un Organismo del otro Estado Contratante, éstos deberán efectuarse en la moneda del segundo Estado Contratante.

Artikel 23

Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Anspruch auf eine Geldleistung für einen Zeitraum, für den ihr oder ihren Angehörigen von einem Fürsorgeträger des anderen Vertragsstaats Leistungen erbracht worden sind, so ist diese Geldleistung auf Ersuchen und zugunsten des ersatzberechtigten Fürsorgeträgers einzubehalten, als sei dieser ein Fürsorgeträger mit dem Sitz im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaats.

Artículo 23

Si conforme a las disposiciones legales de un Estado Contratante una persona tiene derecho a percibir prestación pecuniaria por el mismo período por el cual ella o sus familiares recibieron prestaciones de un Organismo Asistencial del otro Estado Contratante, dicha prestación pecuniaria deberá retenerse a favor y a instancia del Organismo Asistencial con derecho a reembolso, tal como si fuese un Organismo Asistencial con sede en el territorio de ese Estado Contratante.

Artikel 24

(1) Streitigkeiten zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung des Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen eines Vertragsstaats einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staats als Obmann einigen, der von den Regierungen beider Vertragsstaaten bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, daß er die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Ist der Präsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaats oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Ist auch der Vizepräsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaats oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht Staatsangehöriger eines Vertragsstaats ist, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit aufgrund der zwischen den Parteien bestehenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht. Die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artículo 24

1) Las divergencias que surgieren entre ambos Estados Contratantes sobre la interpretación o aplicación del presente Convenio deberán, en lo posible, ser dirimidas por las Autoridades Competentes.

2) Si una divergencia no pudiera ser dirimida de este modo, será sometida a un tribunal arbitral a petición de uno de los Estados Contratantes.

3) El tribunal arbitral será constituido ad hoc; cada Estado Contratante designará a un miembro, y los dos miembros se pondrán de acuerdo para elegir como presidente a un nacional de un tercer Estado, que será nombrado por los Gobiernos de amobs Estados Contratantes. Los miembros serán designados dentro de un plazo de dos meses y el presidente dentro de un plazo de tres meses, contado desde que un Estado Contratante haya comunicado al otro que desea someter la divergencia a un tribunal arbitral.

4) Si los plazos previstos en el párrafo 3) no fueren observados, y a falta de otro arreglo, cada Estado Contratante podrá invitar al Presidente de la Corte Internacional de Justicia a proceder a los nombramientos necesarios. En caso que el Presidente sea nacional de uno de los Estados Contratantes o se halle impedido por otra causa, corresponderá al Vicepresidente efectuar los nombramientos. Si el Vicepresidente también fuere nacional de uno de los Estados Contratantes o si se hallare impedido, corresponderá efectuar los nombramientos al miembro de la Corte que siga inmediatamente en el orden jerárquico y no sea nacional de uno de los Estados Contratantes.

5) El tribunal arbitral tomará sus decisiones por mayoría de votos y sobre la base de los convenios existentes entre las partes y del Derecho Internacional Común. Sus decisiones son obligatorias. Cada Estado Contratante pagará los gastos por la actividad de su árbitro, así como los gastos de su representación en el procedimiento arbitral; los gastos del presidente, así como los demás gastos, serán pagados por partes iguales por los Estados Contratantes. El tribunal arbitral podrá adoptar un reglamento diferente en lo que concierne a los gastos. Por lo demás, el tribunal arbitral determinará su propio procedimiento.

Teil IV
Übergangs- und Schlußbestimmungen

Artikel 25

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Zahlung von Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens werden auch die vor seinem Inkrafttreten nach den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten gegebenen erheblichen Tatsachen berücksichtigt.

(3) Frühere Entscheidungen stehen der Anwendung des Abkommens nicht entgegen.

(4) Renten, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt sind, werden auf Antrag der betreffenden Person neu festgestellt. Sie können auch von Amts wegen neu festgestellt werden. In diesen Fällen gilt unbeschadet des Artikels 18 Absatz 3 der Tag, an dem der Träger das Verfahren einleitet, als Tag der Antragstellung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats.

(5) Ergäbe die Neufeststellung nach Absatz 4 keine oder eine niedrigere Rente, als sie zuletzt für die Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens gezahlt worden ist, so ist die Rente in der Höhe des bisherigen Zahlbetrags weiter zu erbringen.

Artikel 26

Das beiligende Schlußprotokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 27

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Santiago de Chile ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

Artikel 28

(1) Das Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres schriftlich kündigen.

(2) Tritt das Abkommen infolge Kündigung außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter. Einschränkende Rechtsvorschriften über den Ausschluß eines Anspruchs oder das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des Aufenthalts im Ausland bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen zu Bonn am 5. März 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Parte IV
Disposiciones transitorias y finales

Artículo 25

1) El presente Convenio no dará derecho al pago de prestaciones por el período previo a su entrada en vigencia.

2) Al aplicar al presente Convenio también se tomarán en cuenta los hechos determinantes ocurridos antes de su entrada en vigencia conforme a las disposiciones legales de los Estados Contratantes.

3) Las decisiones adoptadas con anterioridad serán inoponibles a la aplicación del Convenio.

4) Las pensiones determinadas antes de entrar en vigencia el presente Convenio, serán recalculadas a petición de los interesados. También podrán recalcularse de oficio. En este caso, se considerará como fecha de presentación de la solicitud, según las disposiciones legales del otro Estado Contratante, el día en el cual el Organismo inicia el procedimiento de recálculo, sin perjuicio de lo dispuesto en el artículo 18, párrafo 3).

5) Cuando en virtud del nuevo cálculo conforme al párrafo 4), no resulte una pensión o resulte una pensión inferior a la que se pagó durante el período previo a la entrada en vigencia del presente Convenio, continuará pagándose el monto de la pensión primitivamente calculado.

Artículo 26

El protocolo final que se adjunta es parte integrante del presente Convenio.

Artículo 27

1) El presente Convenio será ratificado; los instrumentos de ratificación serán canjeados lo antes posible en la ciudad de Santiago de Chile.

2) El presente Convenio entrará en vigencia el primer día del mes subsiguiente a aquel en que se haya efectuado el canje de los instrumentos de ratifiçación.

Artículo 28

1) El Convenio se celebra por tiempo indefinido. Cada Estado Contratante podrá denunciarlo por escrito con tres meses de anticipación al término del año calendario.

2) Si el presente Convenio caduca por denuncia, sus disposiciones seguirán rigiendo para los derechos a las prestaciones adquiridos durante su vigencia. Estos derechos no se considerarán afectados por las disposiciones legales taxativas acerca de la exclusión de algún derecho, o de la suspensión o de la supresión de prestaciones por la residencia en el extranjero.

En fe de lo cual, los suscritos debidamente autorizados por ambos Estados Contratantes firman este Convenio y estapan sus sellos al pie del mismo.

Hecho en Bonn, República Federal de Alemania, a los cinco días del mes de marzo de mil novecientos noventa y tres en dos ejemplares, en alemán y español cada uno, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
Dr. Klaus Platz

Für die Republik Chile
Por la República de Chile
Patricio Torres

Schlußprotokoll zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile über Rentenversicherung

Protocolo Final del Convenio entre la República Federal de Alemania y la República de Chile sobre Pensiones

Bei der Unterzeichnung des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile geschlossenen Abkommens über Rentenversicherung erklären die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten, daß Einverständnis über folgendes besteht:

1. Zu Artikel 2 des Abkommens:

Für die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und für die Altershilfe für Landwirte gilt Teil II des Abkommens nicht.

2. Zu Artikel 3 des Abkommens:

Buchstabe c gilt nicht für die Republik Chile, solange dieser Staat das betreffende Übereinkommen weder unterzeichnet noch ratifiziert hat.

3. Zu Artikel 4 des Abkommens:

a) Versicherungslastregelungen in den von der Bundesrepublik Deutschland geschlossenen zwischenstaatlichen Übereinkünften bleiben unberührt.

b) Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, die die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung der Sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.

c) Chilenische Staatsangehörige, Flüchtlinge und Staatenlose, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet der Republik Chile aufhalten, sind nicht zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung berechtigt. Das Recht auf Beitragserstattung nach den innerstaatlichen deutschen Rechtsvorschriften wird von den Bestimmungen dieses Abkommens nicht berührt.

4. Zu Artikel 5 des Abkommens:

a) Für Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Republik Chile gilt Artikel 5 des Abkommens in bezug auf eine Rente nach den deutschen Rechtsvorschriften wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nur, wenn der Anspruch unabhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage besteht.

b) Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen aus Versicherungszeiten, die nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt sind, bleiben unberührt.

En el acto de firma que hoy se efectúa del Convenio acordado entre la República Federal de Alemania y la República de Chile sobre Pensiones, los mandatarios de ambos Estados Contratantes declaran que existe acuerdo sobre lo siguiente:

1. Respecto del artículo 2 del Convenio:

A los trabajadores afectos al seguro adicional para mineros y trabajadores siderúrgicos (obreros) y al régimen especial agrario existente en la República Federal de Alemania, no les será aplicable la Parte II del Convenio.

2. Respecto del artículo 3 letra c) del Convenio:

Dicha disposición no regirá para la República de Chile en tanto ese Estado no haya suscrito y ratificado ese Tratado.

3. Respecto del artículo 4 del Convenio:

a) Los acuerdos interestatales celebrados por la República Federal de Alemania sobre reconocimiento de tiempos servidos, no se verán afectados por las disposiciones del presente Convenio.

b) Las disposiciones legales de un Estado Contratante que garantizan la participación de los asegurados y de los empleadores en los órganos de administración autónoma de los Organismos y en las asociaciones, al igual que en la jurisprudencia de la Seguridad Social, no se verán afectadas por el presente Convenio.

c) Los nacionales chilenos, refugiados y apátridas que residan habitualmente en el territorio de la República de Chile no tendrán derecho a asegurarse voluntariamente en el seguro alemán de pensiones. El derecho a retiro de los fondos previsionales según las disposiciones legales internas alemanas no se verá afectado por las normas de este Convenio.

4. Respecto del artículo 5 del Convenio:

a) Para las personas con residencia habitual en el territorio de la República de Chile, lo dispuesto en el artículo 5 del Convenio, en relación con el otorgamiento de una pensión conforme a las disposiciones legales alemanas por incapacidad parcial para trabajar, regirá únicamente en caso que el derecho a la prestación exista con independencia de la respectiva situación en el mercado laboral.

b) Permanecerán inafectadas las disposiciones legales alemanas relativas a prestaciones resultantes de períodos de seguro no cubiertos en el territorio de la República Federal de Alemania.

c) Die deutschen Rechtsvorschriften, die das Ruhen von Ansprüchen aus der Rentenversicherung für Personen vorsehen, die sich einem gegen sie betriebenen Strafverfahren durch Aufenthalt im Ausland entziehen, werden nicht berührt.

5. Zu den Artikeln 6 bis 11 des Abkommens:

a) Untersteht ein Arbeitnehmer nach den Artikeln 6 bis 11 des Abkommens den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, so finden auf ihn und seinen Arbeitgeber auch die Vorschriften dieses Vertragsstaats über die Beitrags- und Umlagepflicht sowie über die Leistungen nach den Gesetzen über den Schutz gegen Arbeitslosigkeit Anwendung.

b) Die in Artikel 7 und Artikel 10 Absatz 2 des Abkommens genannten Fristen beginnen für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens beschäftigt sind, mit diesem Tag.

c) Unterliegt im Falle des Artikels 10 Absatz 2 des Abkommens ein Arbeitnehmer im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens den Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht des Beschäftigungslands, so gilt dies auch weiterhin, sofern er innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens keine gegenteilige Erklärung abgibt. Die Bestimmungen über die Wahl, die er seinem Arbeitgeber gegenüber zu erklären hat, gelten.

d) In bezug auf die Bundesrepublik Deutschland gilt die Person, die nicht in ihrem Hoheitsgebiet beschäftigt ist, als an dem Ort beschäftigt, an dem sie zuletzt vor der Verlegung des Aufenthalts beschäftigt war. War sie vorher nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt, so gilt sie als an dem Ort beschäftigt, an dem die deutsche zuständige Behörde ihren Sitz hat.

6. Zu Artikel 12 des Abkommens:

a) Artikel 12 Absatz 1 des Abkommens gilt entsprechend für Leistungen, deren Erbringung nach den deutschen Rechtsvorschriften im Ermessen eines Trägers liegt.

b) Bei Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften, die

- den Anspruch auf Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit von der Entrichtung bestimmter Pflichtbeiträge in einem festgelegten Zeitraum vor Eintritt des Versicherungsfalls abhängig machen und die
- bei der Festlegung dieses Zeitraums vorschreiben, daß bestimmte Zeiten nicht mitgezählt werden, gilt dies auch für entsprechende Zeiten der Zahlung von
  - i) Invaliditätsrente nach chilenischen Rechtsvorschriften,
  - ii) Leistungen bei Krankheit oder Arbeitsunfall (ausgenommen Renten) nach chilenischen Rechtsvorschriften,
  - iii) Leistungen bei Arbeitslosigkeit nach chilenischen Vorschriften über vorübergehende Zuwendungen bei Arbeitslosigkeit sowie
  - iv) für entsprechende Zeiten der Kindererziehung im Hoheitsgebiet der Republik Chile.

7. Zu Artikel 13 des Abkommens:

Bergbauliche Betriebe im Sinne des Artikels 13 Absatz 1 des Abkommens sind Betriebe, in denen Mineralien oder ähnliche Stoffe bergmännisch oder Steine und Erden überwiegend unterirdisch gewonnen werden.

c) Permanecerán inafectadas las disposiciones legales alemanas que establecen la suspensión de los derechos de seguro de pensiones para aquellas personas que evadan un proceso criminal pendiente en su contra, radicándose en el extranjero.

5. Respecto de los artículos 6 al 11 del Convenio:

a) Si conforme a los artículos 6 al 11 del Convenio un trabajador queda sujeto a las disposiciones legales de un Estado Contratante, también se aplicarán para él y su empleador las disposiciones de dicho Estado acerca de la obligación de cotizar y contribuir, al igual que las disposiciones relativas a las prestaciones de conformidad con la protección a la cesantía.

b) Para las personas que estén trabajando el día en que entre en vigencia el Convenio, los plazos que se mencionan en el artículo 7 y en el párrafo 2) del artículo 10 del Convenio, comenzarán a correr a contar de ese día.

c) En relación con lo dispuesto en el párrafo 2) del artículo 10 del Convenio, si a la fecha de entrada en vigencia de este Convenio un trabajador se encuentra afecto a las disposiciones legales sobre la obligación de cotizar del país en el cual se encuentra trabajando, dicha situación se mantendrá inalterada si dentro de un período de 6 meses contado desde la entrada en vigencia de este Convenio, este trabajador no efectúa una declaración en contrario. Sin embargo, las disposiciones relativas a la opción que debe notificarse al empleador continuarán vigentes.

d) Para la República Federal de Alemania, la persona que no se encuentra trabajando en su territorio, se considerará laboralmente activa en aquel lugar en el cual prestaba servicios en el tiempo inmediatamente anterior al cambio de su residencia. Si a esa fecha no se encontraba trabajando en la República Federal de Alemania, se considerará que se desempeña en aquel lugar en que la Autoridad Competente alemana tiene su sede.

6. Respecto del artículo 12 del Convenio:

a) El artículo 12 párrafo 1) del Convenio regirá igualmente para prestaciones que puedan ser otorgadas discrecionalmente por un Organismo, según las disposiciones legales alemanas.

b) Las disposiciones legales alemanas que establecen que:

- para tener derecho a pensión por incapacidad parcial, se requiere del pago de determinadas cotizaciones obligatorias dentro de un período fijo anterior a la contingencia asegurada, y que
- para determinar este período, no se considerarán ciertos períodos, serán igualmente aplicables a los períodos correspondientes al pago de:
  - i) Pensiones por invalidez según las disposiciones legales chilenas;
  - ii) Prestaciones por enfermedad o accidentes del trabajo (exceptuando pensiones), según las disposiciones legales chilenas;
  - iii) Prestaciones temporales por cesantía según las disposiciones legales chilenas, así como
  - iv) Para los períodos correspondientes a la educación de los hijos en el territorio de la República de Chile.

7. Respecto del artículo 13 del Convenio:

Las empresas mineras a que se refiere el artículo 13, párrafo 1) del Convenio, son empresas que extraen minerales o sustancias similares o rocas y tierras principalmente en forma subterránea.

8. Zu Artikel 17 des Abkommens:

Absatz 2 gilt auch für Urteile, Bescheide und andere zustellungsbedürftige Schriftstücke, die bei der Durchführung des deutschen Gesetzes über die Versorgung der Opfer des Krieges und derjenigen Gesetze, die dieses für entsprechend anwendbar erklären, erlassen werden.

9. Zu Artikel 23 des Abkommens:

Die Einbehaltung nach Artikel 23 des Abkommens wird von der Rentenzahlung in dem Staat, der die Fürsorgeleistung erbracht hat, vorgenommen. Sofern der wegen der gezahlten Fürsorgeleistung geschuldete Betrag auf diese Weise nicht voll abgedeckt ist, wird der Unterschied von der im anderen Vertragsstaat zuerkannten Rente in Übereinstimmung mit dessen Rechtsvorschriften einbehalten.

10. Zu Artikel 25 Absatz 4 des Abkommens:

Bei Anwendung der chilenischen Rechtsvorschriften muß der Antrag auf Neufeststellung innerhalb einer Frist von drei Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens gestellt werden. Eine Neufeststellung findet auch statt, wenn der Antrag nach Ablauf dieser Frist gestellt wird, sofern die in der chilenischen Gesetzgebung festgelegten Verfallsfristen noch nicht abgelaufen sind.

Geschehen zu Bonn am 5. März 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

8. Respecto del artículo 17 del Convenio:

Lo establecido en el párrafo 2) se aplicará igualmente para sentencias, notificaciones y otros documentos notificables por cédula que se dicten al aplicar la Ley alemana sobre la previsión social de las víctimas de la guerra y aquellas leyes que la declaran análogamente aplicable.

9. Respecto del artículo 23 del Convenio:

Las retenciones que procedan conforme a lo dispuesto en el artículo 23 del Convenio, se efectuarán sobre el pago de pensiones que se otorguen en el Estado que concedió la prestación asistencial. Cuando el monto adeudado por concepto de prestación asistencial no sea cubierto totalmente en la forma señalada, la diferencia será descontada de las pensiones concedidas en el otro Estado Contratante en conformidad a las disposiciones legales de éste.

10. Respecto del artículo 25 párrafo 4) del Convenio:

Para que proceda en Chile el recálculo a que se refiere la citada disposición, los interesados deberán presentar la solicitud respectiva dentro del plazo de 3 años contado desde la fecha de la entrada en vigencia de este Convenio. También se recalcularán las pensiones cuando la solicitud de recálculo se presente con posterioridad a ese lapso, siempre que no hubieren vencido los plazos de prescripción o de caducidad establecidos al efecto por las disposiciones legales chilenas.

Hecho en Bonn, República Federal de Alemania, a los cinco días del mes de marzo de mil novecientos noventa y tres en dos ejemplares, en alemán y español cada uno, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland

Por la República Federal de Alemania

Dr. Klaus Platz

Für die Republik Chile

Por la República de Chile

Patricio Torres

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeines

Das Abkommen regelt die Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Bereich der Rentenversicherung. Es begründet unter Wahrung des Grundsatzes der Gegenseitigkeit Rechte und Pflichten von Einwohnern beider Staaten in bezug auf die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Rentenversicherung. Es sieht die Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen, die Zusammenrechnung deutscher und chilenischer Versicherungszeiten für den Leistungsanspruch und die uneingeschränkte Rentenzahlung auch bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat vor.

II. Besonderes

Artikel 1 enthält Bestimmungen der in den nachfolgenden Vorschriften wiederholt verwendeten Begriffe. Die Vorschrift soll die Anwendung des Abkommens erleichtern.

Artikel 2 legt den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens fest, indem er die innerstaatlichen Rechtsvorschriften nennt, auf die sich das Abkommen bezieht. Nach Artikel 2 Absatz 2 gehören zu diesen Rechtsvorschriften nicht die Vorschriften aus anderen zwischenstaatlichen Verträgen oder überstaatlichem Recht, die für einen Vertragsstaat gelten. Dies gilt nach Artikel 2 Absatz 3 nicht, wenn diese zwischenstaatlichen Verträge oder das innerstaatliche Recht Versicherungslastregelungen enthalten.

Artikel 2 umfaßt auch die künftig in Kraft tretenden einschlägigen Rechtsvorschriften.

Die in Nummer 1 des Schlußprotokolls getroffene Regelung ergibt sich daraus, daß die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und die Altershilfe für Landwirte nicht den innerstaatlichen Vorschriften über die Wanderversicherung einbezogen sind.

Artikel 3 nennt die Personen, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4 Absatz 1 enthält den Grundsatz der Gleichbehandlung der Staatsangehörigen beider Staaten. Das Recht auf Gleichbehandlung wird auch bestimmten weiteren Personengruppen zuerkannt.

Nach Absatz 2 der Bestimmung ist die uneingeschränkte Gleichbehandlung im Leistungsrecht bei Staatsangehörigen der Vertragsstaaten auch bei Aufenthalt in einem dritten Staat vorgesehen.

Zu Artikel 4 sind unter Nummer 3 des Schlußprotokolls ergänzende Regelungen enthalten. Aufgrund der Bestimmung des Buchstaben c haben – abgesehen von innerstaatlichen deutschen Sondervorschriften – insbesondere chilenische Staatsangehörige bei gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland kein Recht zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung. Für diese Personen besteht damit die Möglichkeit, eine Erstattung ihrer deutschen Rentenversicherungsbeiträge in Anspruch zu nehmen.

Artikel 5 enthält den Grundsatz, daß Leistungen auch erbracht werden, wenn sich die leistungsberechtigte Person im anderen Vertragsstaat gewöhnlich aufhält. Nummer 4 des Schlußprotokolls enthält ergänzende Regelungen.

Die Artikel 6 bis 11 enthalten Regelungen darüber, welche Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht bei einer Kollision der deutschen und chilenischen Rechtsvorschriften anzuwenden sind. Dadurch wird eine Doppelversicherung vermieden. Diese Bestimmungen werden durch Nummer 5 Buchstabe a des Schlußprotokolls ergänzt. Danach finden auf Personen, die den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats unterstellt sind, auch die Vorschriften über die Beitrags- und Umlagepflicht sowie über die Leistungen nach den Gesetzen über den Schutz gegen Arbeitslosigkeit Anwendung. Dies gilt auch für deren Arbeitgeber.

Nach Artikel 6 richtet sich die Versicherungspflicht grundsätzlich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Beschäftigung ausgeübt wird (Territorialitätsprinzip).

Die Artikel 7 bis 10, die durch Nummer 5 Buchstaben b bis d des Schlußprotokolls ergänzt werden, regeln bestimmte Fallgruppen.

Artikel 11 beruht auf der Erwägung, daß mitunter die aufgrund der vorgenannten Vorschriften vorgenommene Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften nicht zu befriedigenden Ergebnissen führt und läßt eine abweichende Bestimmung zu.

Die Artikel 12 bis 14 sowie Nummern 6 und 7 des Schlußprotokolls enthalten besondere Regelungen der Bestimmungen über Leistungen.

Artikel 12 bestimmt, daß Versicherungszeiten, die in der deutschen und chilenischen Rentenversicherung zurückgelegt sind, für die Erfüllung des Leistungsanspruchs, also vor allem der Wartezeit, zusammengerechnet werden.

Artikel 13 enthält nähere Regelungen für die Anwendung der deutschen, Artikel 14 nähere Regelungen für die Anwendung der chilenischen Rechtsvorschriften.

Die Artikel 15 bis 24, ergänzt durch die Nummern 8 und 9 des Schlußprotokolls, enthalten die Regelungen für das Zusammenwirken der in den beiden Vertragsstaaten mit der Durchführung des Abkommens betrauten Stellen.

Artikel 20 unterstellt die Weitergabe von personenbezogenen Daten und Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen dem jeweiligen innerstaatlichen Recht und enthält zusätzlich Regelungen über den zu beachtenden Schutz personenbezogener Daten.

Die Artikel 25 bis 28 und Nr. 10 des Schlußprotokolls enthalten die Übergangs- und Schlußbestimmungen.

Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn 317143 5. 93
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333